

DIE VERFASSUNG 1921

VOM VOLK GEFORDERT, VOM FÜRSTEN ZUGESTANDEN



Vor 100 Jahren erhielt Liechtenstein seine neue Verfassung. Doch die Umstände, in denen sich das Fürstentum eine demokratischere Staatsordnung gab, waren schwierig. Das Land hatte mit Arbeitslosigkeit, Lebensmittelnot und Währungsverfall zu kämpfen. Historiker Rupert Quaderer erklärt, wie trotz – oder gerade wegen der damaligen Krisen – das Volk das Ziel einer neuen Verfassung nie aus den Augen verlor.

Text **Elias Quaderer**

Bilder **Tatjana Schnalzger**


Staatsfeiertag
2021



Rupert Quaderer, wie schauen Sie auf das diesjährige Verfassungsjubiläum?

RUPERT QUADERER: Ich finde es wichtig, dass wir das 100-jährige Jubiläum der Verfassung im entsprechenden Rahmen feiern. Denn bei der 1921er-Verfassung handelt es sich immerhin um eines der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste juristische Dokument, das das Land besitzt.

Kaum eine Person setzte sich mit der Zeit, in der die neue Verfassung entstand, so intensiv auseinander, wie Sie. Vornweg: Was für Erkenntnisse zogen Sie aus der Beschäftigung mit dieser Zeitperiode?

Mir scheint besonders ein Gedanke zentral: Mit der 1921er-Verfassung wurde das umgesetzt, was das Volk gefordert hatte. Die Veränderungen, die damals stattfanden, gingen vom Volk aus, während der Fürst den Reformen schlicht seine Zustimmung gab. Das ist ein Gedanke, den man bis in die Gegenwart weiterziehen könnte.

Kurz und knapp: In was für einer Zeit entsteht unsere Verfassung?

Darüber könnte man Abende lang referieren. (*lacht*) Aber als prägendster Faktor dieser Zeit ist der Erste Weltkrieg zu nennen. Der Krieg war weltweit eine Zäsur. Und auch Liechtenstein – obwohl nicht direkt involviert – spürte die Auswirkungen des Konflikts. Das Fürstentum orientierte sich damals an Österreich-Ungarn. Über einen Zoll- und Steuerverein waren wir wirtschaftlich mit der Donaumonarchie verbunden, wir verfügten über die österreichische Währung und unsere Fürsten residierten in Wien. Dementsprechend waren die Liechtensteiner bei Kriegsausbruch im Sommer 1914 noch euphorisch und glaubten an einen baldigen Sieg Deutschlands und Österreich-Ungarns.

Aber die Euphorie liess bald nach.

Ja. Es zeigte sich, dass der Krieg nicht so schnell vorüber sein

würde. Und je länger er andauerte, desto stärker waren die negativen Auswirkungen zu spüren. Den Anfang machte die ansteigende Arbeitslosigkeit, weil unsere Textilindustrie nicht mehr mit Baumwolle beliefert werden konnte. Dann wurden die Lebensmittel teurer und verknappten sich zusehends. Gegen Ende des Krieges herrschte Lebensmittelnot im Land und die österreichische Krone verlor massiv an Wert. Die Sparguthaben der Liechtensteiner waren plötzlich nichts mehr wert. Noch lange hörte man den Spruch «D Krona ischt verreckt».

Wie schlimm war die Lebensmittelnot?

In Liechtenstein ist niemand verhungert, aber es herrschte doch ein massiver Mangel an Lebensmitteln und anderen Rohstoffen. So ordnete die Regierung an, dass Bäcker nur Brot verkaufen dürfen, das bereits einen Tag alt ist. Oder die Regierung musste ihre Sprechstunden reduzieren, weil es an der Kohle fehlte, um das Regierungsgebäude zu heizen.

Und diese Krisenerfahrung schuf den Anreiz für Reformen?

Ja, weil bei vielen Landbewohnern die Überzeugung reifte, dass es auf diese Weise nicht weitergehen könne. Es müsse sich etwas grundlegend ändern.

Doch bereits vor Kriegsausbruch deutete sich an, dass in Liechtenstein innenpolitisch etwas in Bewegung kommt.

Genau. Wenn man über die Zeit der Verfassungsentstehung spricht, ist der Triesenberger Anwalt Wilhelm Beck von zentraler Bedeutung. Bereits vor 1914 warb er für fundamentale Veränderungen im Land. Eines seiner Anliegen war, dass sich Liechtenstein von Österreich weg orientiert und stattdessen die Nähe zur Schweiz sucht. Aber sein Hauptthema war, mehr Demokratie in die Verfassung hineinzubringen. Er sammelte Gleichgesinnte hinter sich und schuf dadurch eine Stimmung für grundlegende Reformen.



Der Triesenberger Anwalt Wilhelm Beck (rechts) mit dem damaligen Regierungschef Gustav Schädler um 1924.

Bild: Privatarchiv Rupert Quaderer

Wie stark hatte sich diese auf Reformen drängende Gruppe schon vor dem Krieg formiert?

Wilhelm Beck suchte vor allem in seiner Heimatgemeinde Triesenberg, in Triesen und Balzers Gleichgesinnte – und wurde auch fündig. Bei den Landtagswahlen im Herbst 1914 errangen Wilhelm Beck und drei seiner Mitstreiter ein Landtagsmandat. Beck war mit seinen 29 Jahren der jüngste Abgeordnete, er fiel jedoch gleich durch sein – deutsch gesagt – freches Mundwerk auf. Zudem hatte er im Frühling die Initiative zur Gründung der «Oberrheinischen Nachrichten» ergriffen. Die Zeitung war das Sprachrohr der oppositionellen Gruppe im Landtag.

Aber was war letztlich bedeutender, um die Veränderungen in Liechtenstein anzustossen: Die Zerrüttungen des Ersten Weltkrieges oder die Gruppe um Wilhelm Beck?

Vieles, was ab 1918 politisch gefordert wurde, hatte Wilhelm Beck bereits 1914 ausformuliert. Dies ist mit den Korrespondenzen, die Beck zu Vertrauten hielt, gut nachweisbar. Also war die Tendenz zur Demokratisierung bereits vor Kriegsausbruch zu spüren. Aber der Erste Weltkrieg bestärkte diese Tendenz noch und gab Wilhelm Beck und seinen Anhängern die Möglichkeit, ihre Forderungen mit Nachdruck zu stellen. Denn vor dem Hintergrund des Krieges stiess sich ein grosser Teil der Bevölkerung am nahen Verhältnis zu Österreich-Ungarn.

Somit boten die Folgen des Krieges der Gruppe ein Handlungsfenster?

Ja, das kann man sicher so interpretieren. Ich gehen davon aus, dass auch ohne Krieg Wilhelm Beck seine Forderungen gestellt

hätte. Er wäre aber wahrscheinlich nicht so erfolgreich gewesen. Das ergibt sich nur schon aufgrund der Umwälzungen in den Nachbarstaaten.

Wie meinen Sie das?

Österreich-Ungarn brach auseinander, der Kaiser musste abdanken. Genauso musste in Deutschland Wilhelm II. auf seinen Thron verzichten und im Russischen Zarenreich brach die Revolution aus. Die grossen Monarchien Europas gingen im Zuge des Ersten Weltkriegs sang- und klanglos unter. Dies dürfte auch für unseren Fürst Johann II. ein Grund gewesen sein, sich gegenüber den Forderungen der Liechtensteiner Bevölkerung nachgiebig zu zeigen.

Wie nahm in Liechtenstein gegen Kriegsende die Diskussion über die neue Verfassung ihren Lauf?

Bedeutend war zunächst die Gründung der ersten beiden Parteien Liechtensteins. Damit bekamen die damals kursierenden Veränderungswünsche ein entsprechendes politisches Gefäss. Den Anfang machte die Gruppe um Wilhelm Beck. Sie gründete im Frühling 1918 die Christlich-soziale Volkspartei – die Vorläuferin der Vaterländischen Union. Ihr Programm fokussierte auf drei Punkte: Nationalisierung, Parlamentarisierung und Demokratisierung.

Was ist unter diesen drei Punkten zu verstehen?

Unter Nationalisierung ist die Forderung zu verstehen, dass künftig nur noch Liechtensteiner in der Regierung sitzen sollten. Bis zu diesem Zeitpunkt leiteten sogenannte Landesverweser die Regierungsgeschäfte – österreichische Verwaltungsbeamte, die nur dem Fürst gegenüber verantwortlich waren. Die «Oberrheinischen Nachrichten» forderten hingegen, dass Liechtenstein «keine Kolonie für Wiener Herren und kein Tummelplatz für Wiener Regierungskünste» mehr sein soll.

Unter Parlamentarisierung verstand man das Ziel, die Rechte des Landtags auszubauen. So sollte die Regierung künftig auch gegenüber dem Landtag verantwortlich sein. Der Punkt Demokratisierung beinhaltet den Ausbau der Volksrechte, darunter auch das Referendums- und Initiativrecht.

Im Dezember 1918 gründete sich die FBP als zweite Partei Liechtensteins.

Richtig. In ihr sammelten sich die konservativen Kräfte, denen die Forderungen der Volkspartei zu weit gingen. Damit ist die Gründung der Bürgerpartei vor allem als Reaktion auf die Formierung der Volkspartei zu verstehen.

Im selben Jahr erlebte das Land aber auch turbulente Wochen im Zuge des sogenannten «Novemberputsches».

Der November 1918 war in den umliegenden Staaten geprägt von Unruhen und Revolutionen. In Liechtenstein kam es zum «Novemberputsch». Auf Druck der Mehrheit der Abgeordneten erklärte Landesverweser Leopold von Imhof seinen Rücktritt. Vorbereitet wurde dieser Schritt von den beiden Abgeordneten Fritz Walser und Wilhelm Beck sowie dem Maurer Juristen Martin Ritter. Der vom Landtag gewählte «provisorische Vollzugsausschuss» unter der Leitung von Martin Ritter übernahm die Regierungsgeschäfte. Aber nach einem Monat war der Vollzugsausschuss bereits nicht mehr im Amt. Denn Fürst Johann II. ernannte seinen Neffen Prinz Karl zum neuen Landesverweser.

Und wie ging es in der Verfassungsfrage weiter?

Seit dem Herbst 1918 forcierte die Volkspartei ihre Forderungen nach einer demokratischeren Verfassung. Mit Prinz Karl, dem neuen Landesverweser, handelte der Landtag einen Neun-Punkte-Plan aus. Dieser nahm bereits die wichtigsten Aspekte der neuen Verfassung vorweg. Aber im darauffolgenden Jahr wurden kaum Fortschritte in der Verfassungsdiskussion erzielt. Erst 1920 kam mit der «Peer-Frage» wieder Bewegung in die Angelegenheit.



Ein Demonstrationzug der Volkspartei durch die Vaduzer Altenbachstrasse im Mai 1920. Die Demonstration richtete sich gegen die Ernennung von Josef Peer zum neuen Landesverweser.

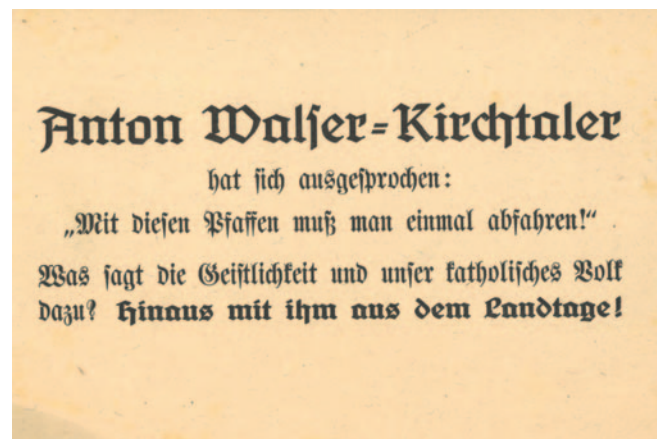
Bild: Privatarchiv Rupert Quaderer

Was war die «Peer-Frage»?

Im Frühling 1920 war bekannt geworden, dass Prinz Karl sein Amt als Landesverweser niederlegen will. Als sein Nachfolger sah Fürst Johann II. den Österreicher Josef Peer vor. Die Volkspartei war jedoch strikt dagegen, dass erneut ein Nicht-Liechtensteiner die Regierungsgeschäfte führen soll. Über den September 1920 war der Landesfürst zu Besuch in Liechtenstein. Er lud Vertreter der Volkspartei auf Schloss Vaduz ein, um die Verfassungs- und Peer-Frage zu diskutieren. Das Ergebnis waren die Schlossabmachungen. Die Volkspartei stimmte einer begrenzten Amtszeit Josef Peers zu. Dafür wurden auch die Grundlagen der neuen, demokratischeren Verfassung festgelegt. Im August 1921 nahm der Landtag schliesslich die neue Verfassung an.

Doch die 1921er-Verfassung ist als ein Kompromiss zwischen den liberalen und konservativen Kräften zu sehen. Denn alle ihre Forderungen konnte die Volkspartei nicht durchsetzen.

Ein zentrales Anliegen von Wilhelm Beck, das nicht verwirklicht wurde, war, das absolute Vetorecht des Fürsten abzuschaffen. Er wollte stattdessen nur noch ein suspensives Veto der Monarchie. Das heisst: Eine qualifizierte Mehrheit des Landtags hätte ein fürstliches Veto überstimmen können. In der Verfassungsdiskussion im Landtag brachte Beck diesen Punkt nochmals aufs Tapet. Aber mit 7: 8 Stimmen scheiterte sein Antrag. Dennoch konnte sich aus meiner Sicht die Volkspartei in ihren wesentlichen Punkten durchsetzen – auch wenn damals



Wahlkampf in turbulenten Zeiten: Ein Flugblatt gegen den «Volksparteiler» Anton Walser-Kirchthaler.

Bild: Privatarchiv Rupert Quaderer

vielleicht noch mehr möglich gewesen wäre, wenn die Bürgerpartei mitgezogen hätte.

Neben Wilhelm Beck gab es aber auch noch andere Personen, die in dieser Zeit herausragen. Manche auch mit radikaleren Ideen. Zu nennen wäre beispielsweise «Sozi-Vogt». Wie stark waren damals die Kräfte, die mit einer republikanischen Staatsform liebäugelten?

Ich denke, dass viele davon ihre Ideen wenig durchdacht hatten. Andreas Vogt – genannt «Sozi Vogt» – wurde bekannt dadurch, dass er im Landtag als Zuschauer ausrief «Nieder mit der Regierung! Hoch die Republik!». Aber ich denke, hier ist bei Vogt das Temperament mit ihm durchgegangen.

Für Wilhelm Beck selbst war die Republik nie eine Option?

Nein. Er wollte zwar die Volksrechte stärken, aber die Monarchie abzuschaffen war nie sein Ziel. Doch Beck verwendete ab und zu die Republik oder eine angebliche republikanische Bewegung in Liechtenstein als Druckmittel gegenüber der Obrigkeit. Das bedeutete sinngemäss: Wenn ihr euch gegenüber den Forderungen der Volkspartei nicht entgegenkommend zeigt, stärkt ihr nur die republikanische Bewegung im Land.

Zählen wir auf: Liechtenstein erhielt zuerst 1921 seine neue Verfassung, 1924 kam der neue Zollanschlussvertrag mit der Schweiz zustande und 1926 trat das Personen- und Gesellschaftsrecht (PGR) in Kraft. Hat das Land in den 1920er-Jahren das Fundament für seinen Wohlstand geschaffen?

In der Phase vom Kriegsende bis zum Ende der 1920er-Jahre wurden Weichen gestellt, die noch heute für unser Land prägend sind. Und von den damaligen Reformen profitieren wir heute noch – wenn auch hinsichtlich des PGRs nicht mehr im selben Masse.

Zugespitzt auf die Person Wilhelm Beck könnte man auch sagen: Der damals grösste Demokrat Liechtensteins legte den Grundstein für unseren späteren Reichtum?

Man könnte es so interpretieren. Für mich ist vor allem wichtig, dass der Wohlstand des Landes vom Volk erarbeitet und nicht von der Obrigkeit geschenkt wurde. Gewerbe, Industrie und Finanzdienstleistungen haben wir selbst aufgebaut. Dieser Umstand sollte Anlass genug für einen gewissen Bürgerstolz der Liechtensteiner sein. Aber genau dieser Bürgerstolz scheint heute ab und zu zu fehlen.

Wie ist es zu erklären, dass damals ein solcher Reformeifer an den Tat gelegt wurde?

Das ist wohl der Notstandssituation geschuldet. Es galt: Schlechter kann es nicht mehr werden. Darum verfolgte man mit aller Kraft die Veränderung des Landes und ging auch Risiken ein, in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Manche Entscheidungen wurden auch etwas voreilig getroffen. So kündigten wir den Zoll- und Steuervertrag mit Österreich bereits 1919, obwohl wir noch gar keine Bestätigung für einen neuen Zollanschluss mit der Schweiz hatten.

Heisst das umgekehrt, dass Wohlstand für grössere Veränderungen eher hinderlich ist?

Ja, ich denke, dass wir uns heute in einer gegenteiligen Situation befinden. Uns geht es so gut, dass wir nichts mehr zu riskieren trauen. Es kann ja wirtschaftlich nur mehr schlechter werden.

Aber es ist dennoch überraschend, dass sich das Land in der damaligen Notsituation auf eine Verfassungsdiskussion überhaupt einliess. Denn wie sagte der Abgeordnete Albert Schädler 1918: «Die Versorgung mit Kartoffeln ist jetzt wichtiger als Verfassungsfragen.»

Aus meiner Sicht zog der Schwung an Veränderungen, der ab 1918 kam, auch die Verfassung mit. Aber es stimmt: Das Land



hatte damals mit zahlreichen Problemen zu kämpfen. Dass gerade in dieser Krisenzeit die reformorientierte Gruppe nie die Verfassung aus den Augen verlor und die Volksrechte vorantrieb, ist darum umso bemerkenswerter.

Gibt es aber auch Parallelen zu unserer heutigen Zeit und den 1920er-Jahren?

Eine offensichtliche Parallele ist die Pandemie. Damals standen die Welt und Liechtenstein im Bann der Spanischen Grippe. Und es wurde ähnlich auf die Pandemie reagiert wie heute: Zuerst war man der Überzeugung, dass die Krankheit nicht schlimmer als eine gewöhnliche Grippe sei. Als dann die Todesfälle stiegen, begann die Regierung grössere Veranstaltungen zu verbieten und die Schulen zu schliessen, um die weitere Ausbreitung des Virus zu verhindern.

Und gibt es auch noch Parallelen, abgesehen von der Pandemie?
Ich habe hier Zweifel an gewissen Parallelitäten. Dafür sind die



Wirtschaftsstrukturen von damals im Vergleich zu heute einfach zu unterschiedlich.

Im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten wurde angeregt, ob nicht die Staatsziele in der Verfassung revidiert werden sollten. Was meinen Sie?

Ja, ich denke, dass durchaus darüber diskutiert werden sollte. So könnten Themen wie Umweltschutz, Klimafragen und auch Geschlechtergleichstellung in unsere Staatsziele einfließen.

Abschliessend: Ist die 1921er-Verfassung ein Erfolgsmodell?

Die Verfassung ging unbeschadet durch die nachfolgenden Turbulenzen in den 1930er- und 1940er-Jahren. Trotz Krisen blieben die Volksrechte, welche die Verfassung gewährte, erhalten. Darum ist sie durchaus als Erfolgsmodell zu sehen – auch wenn aus meiner Sicht ein paar absolutistische Züge im Dokument aufzuweichen wären.



Staatsfeiertag
2021

NEUORIENTIERUNG

DAS INTERVIEW
ERBPRINZ ALOIS



DOPPELINTERVIEW

REGIERUNGSCHEF
DANIEL RISCH UND
REGIERUNGSCHEF-
STELLVERTRETERIN
SABINE MONAUNI



RUPERT QUADERER

EINBLICK IN DIE
VERGANGENEN 100 JAHRE
DER GESCHICHTE
LIECHTENSTEINS



ROMAN BANZER

IST DIE DEMOKRATIE
IN GEFAHR?





Steht Liechtenstein heute an einem ähnlichen Wendepunkt wie vor 100 Jahren?

Liebe Leserinnen und liebe Leser

Vor fast exakt hundert Jahren wurde vom Liechtensteiner Landtag die Verfassung genehmigt. Damals war die neue Verfassung in einer turbulenten Zeit eine komplette Neuorientierung für das Land und für die Bürgerinnen und Bürger – die Geburtsstunde der Demokratie in Liechtenstein. Hundert Jahre später stehen Liechtenstein und die ganze Welt erneut in einer herausfordernden Zeit. Die Pandemie haben wir noch nicht wirklich hinter uns gelassen, und trotzdem ist der Wunsch einer Neuorientierung gross. Wohin es gehen soll, ist derzeit noch etwas ungewiss oder kann noch nicht richtig formuliert werden.

Im grossen Interview zum Staatsfeiertag ist Erbprinz Alois der Meinung, dass Liechtenstein trotz aktuellen geopolitischen Veränderungen optimistisch in die Zukunft blicken kann. Eine Neuorientierung hält er derzeit nicht für notwendig, jedoch eine rasche Anpassungsfähigkeit, um als Staat handlungsfähig zu bleiben. Obwohl sich durch die Pandemie viel verändert und sich die Digitalisierung beschleunigt hat, so wird sich gemäss dem Erbprinzen zumindest gesellschaftlich in Liechtenstein nicht so viel verändern.

Seit rund 150 Tagen bekleiden Regierungschef Daniel Risch und Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni ihr Amt in der Regierung. Den beiden Regierungsräten ist die enge Zusammen- und Teamarbeit sehr wichtig, denn nur so können sie gemeinsam etwas verändern, ohne alles einzureissen. Im Doppelinterview sprechen sie darüber, wie sie beispielsweise die Bürgerinnen und Bürger erreichen wollen, die nicht täglich die Zeitung lesen und ihre Informationen aus den sozialen Medien holen, und weshalb sie es nicht als oberste Priorität sehen, die Formulierungen in der Verfassung von 1921, die mittlerweile zum Teil recht altbacken klingen, auf die heutige Zeit anzupassen.

Das Staatsfeiertagsmagazin wirft auch einen Blick auf die vergangenen 100 Jahre. Historiker Rupert Quaderer blickt zurück und zeigt Wegweiser auf, denen Liechtenstein gefolgt ist, um zum dem Land zu werden, das es heute ist.

Roman Banzer, Präsident des Literaturhauses Liechtenstein und Leiter des Centers für Geistes- und Kulturwissenschaften an der Universität Liechtenstein, sagt, dass die Demokratie in Gefahr ist, weil sie nichts Festes ist, sondern ein stetiges, öffentliches Aushandeln von gemeinsamen Angelegenheiten. Dieser Umstand birgt sogar die Gefahr, dass sich eine Demokratie jederzeit selbst abschaffen könnte.

Einen schönen Staatsfeiertag wünscht
Lars Beck

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Vaduzer Medienhaus AG; Daniel Bargetze, Geschäftsführer und Leiter News. **LEITUNG «VATERLAND»-MAGAZINE:** Lars Beck **REDAKTION:** Lars Beck, Elias Quaderer, Patrik Schädler **DESIGN:** Stefan Aebi **INSERATEAKQUISITION:** Patrick Flammer, Sandro Kalberer, Simona Koller **COVERFOTO:** Jean-Marc Caracci **BILDER:** Daniel Schwendener, Tatjana Schnalzer, pd, iStockphoto **DRUCK:** AVD Goldach, Ausgabe 7 / 21, Erscheinungsdatum: 10. August 2021

COVERFOTO:

Das Coverfoto stammt vom französischen Fotografen Jean-Marc Caracci. Im Rahmen seiner Serie «Homo Urbanus Europeanus» hat er bereits 44 europäische Hauptstädte besucht, darunter auch Vaduz. Die gesamte Serie gibt es im Internet unter <http://homo.urbanus.free.fr/europeanus>

LIECHTENSTEIN IM WANDEL DER ZEIT – WIE WAREN DIE VERGANGENEN 100 JAHRE UND WIE KÖNNTE EINE NEUORIENTIERUNG AUSSEHEN?

6

DAS INTERVIEW

ERBPRINZ ALOIS

BLICKT TROTZ GEOPOLITISCHEN VERÄNDERUNGEN OPTIMISTISCH IN DIE ZUKUNFT



20

DAS DOPPELINTERVIEW

REGIERUNGSCHEF DANIEL RISCH UND REGIERUNGSCHEF-STELLVERTRETERIN SABINE MONAUNI IM GESPRÄCH – NACH 150 TAGEN IM AMT



39

RUPERT QUADERER

EHEMALIGER FORSCHUNGSBEAUFTRAGTER GESCHICHTE GIBT EINBLICK IN DIE VERGANGENEN 100 JAHRE DER GESCHICHTE LIECHTENSTEINS



49

ROMAN BANZER

LEITER DES CENTERS FÜR GEISTES- UND KULTURWISSENSCHAFTEN AN DER UNIVERSITÄT LIECHTENSTEIN, REFLEKTIERT, OB DIE DEMOKRATIE IN GEFAHR IST



35

UMFRAGE TEIL 1
WO WÜNSCHEN SIE SICH EINE NEUORIENTIERUNG?

57

WIE KÖNNTEN DIE NEUEN FORMULIERUNGEN LAUTEN?
DIE REDAKTION HAT VERSUCHT – OHNE JURISTISCHE EXPERTISE ODER ANSPRUCH – DIE STAATSAUFGABEN NEU ZU FORMULIEREN. DIES, DA WIR DER MEINUNG SIND, DASS ES EIGENTLICH KEINEN BESSEREN ZEITPUNKT DAFÜR GIBT ALS DAS JUBILÄUM DER VERFASSUNG VON 1921.

61

UMFRAGE TEIL 2
WÜRDEN SIE IN DER VERFASSUNG NEUFORMULIERUNGEN BEGRÜSSEN?

69

DER STAATSFERIERTAG 2021
DIE 11 GEMEINDEN FEIERN DEN STAATSFERIERTAG UND BIETEN EIN ABWECHSLUNGSREICHES PROGRAMM FÜR JUNG UND ALT.